

Gemeinsamer Antrag

(Antrag Nr. 3309/2019)

Eingereicht am 18.12.2019 um 10:07 Uhr.

Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen- und Rechnungsprüfung, Sozialausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Drucksache Nr. 2903/2019: Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung für Hannover

**Antrag
zu beschließen:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich Zahlen vorzulegen, aus denen hervorgeht, wie viele Wohnungen in Hannover dauerhaft nicht zum Wohnen zur Verfügung stehen und welche Auswirkungen dies auf den Wohnungsmarkt hat.

Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, bis zur Sommerpause die finanziellen und personellen Auswirkungen einer möglichen Wohnraumzweckentfremdungssatzung darzustellen.

Begründung

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Hannover ist angespannt. Aufgrund der geänderten Landesgesetzgebung, die nunmehr den Beschluss kommunaler Wohnraumzweckentfremdungssatzungen ermöglicht, ist es daher für Hannover sinnvoll, zu ergründen, ob die dauerhafte Nutzung von Wohnraum für nicht permanente Wohnzwecke (wie z.B. durch dauerhafte Airbnb-Vermietungen) in der Stadt ein Problem ist und wie hoch die Kosten für Maßnahmen einer Regulierung dieser Wohnraumzweckentfremdungen wären.

Lars Kehlich
Fraktionsvorsitzender

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 18.12.2019